



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Landesverband Hessen

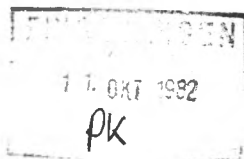
# Informationen an den Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden

Verteiler:

Personalräte der Studienseminare,  
Referat D und E,  
Studentengruppe,  
Fachgruppenausschuß Hochschule

6000 Frankfurt, 01.09.1982

Nr. 34/82



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Anlage senden wir Euch einen Auszug einer Rede von Kultusminister Krollmann, die er auf der turnusmäßigen Tagung der Leiter der Studienseminare vom 14. bis 16. Juni 1982 in der Reinhardswaldschule gehalten hat.

Mit dieser Rede hat sich bestätigt, daß die bisher vom KM dementierten bzw. heruntergespielten "Schubladenpläne" zur Deprofessionalisierung der Lehrerausbildung und Neudefinierung universitärer Abschlüsse Gestalt angenommen haben.

Die GEW ist in diesem Zusammenhang aufgerufen, sich gegen eine Aufgabe bewährter Grundsätze der Lehrerausbildung wie z.B. der Wissenschaftlichkeit zugunsten kurzfristiger arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte zur Wehr zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Hannes Siege  
(Leiter des Referates D)

gez. Dieter Hooge  
(Geschäftsführer)

Anlage

-23-

Forderungen aus der heutigen Beschäftigungslage für die Lehrerausbildung

Als ein großer Teil derer, die in diesem Frühjahr ihre Lehrerausbildung beendet haben, mit dem Studium begann, konnten noch alle ausgebildeten Lehrer eingestellt werden. Zwar hatte der Rückgang der Schülerzahlen bereits im Grundschulbereich eingesetzt, die Geburtenstatistiken zeigten eine dramatisch fallende Tendenz, die Mahnungen vor einem drohenden Lehrerberufschuß und als Folge davon von Lehrerarbeitslosigkeit wurden immer lauter, doch es glaubte niemand so recht daran. Die Verbände trugen das ihre dazu bei, indem sie Bedarfszahlen publizierten, angesichts derer sich der bereits zitierte Schulentwicklungsplan "Hessen '80" fast bescheiden ausnimmt. Man glaubte, die Schüler-Lehrer-Relationen für alle Schulformen und Schulstufen schrittweise so verbessern zu können, daß der daraus resultierende Bedarf das abzusehende Angebot an fertig ausgebildeten Lehrern bei weitem übertrifft. Inzwischen hat die dramatische Verknappung der öffentlichen Mittel unsere Erwartungshaltung entscheidend korrigiert. Die mittelfristigen Personalentwicklungspläne für den öffentlichen Dienst zielen auf eine Senkung der Personalkosten und damit auf einen Stellenabbau. Es kommt darauf an, diesen Abbau in vertretbaren Grenzen zu halten. Für den Schulbereich lautet das für 1985 gesetzte Datum 42 000 Lehrer. Das ist, was die Lage an unseren Schulen betrifft, ein vertretbarer Ansatz. Dies um so mehr, als mit diesem Ansatz eine Reihe von notwendigen zusätzlichen Maßnahmen möglich wird, wie etwa

- zusätzliche Stellen für die Beschulung von Ausländerkindern,

- Konsolidierung der Förderstufe,
- Verzicht auf die Anrechnung des von Referendaren erteilten Unterrichts auf das Planstellenaufkommen,
- zusätzliche Stellen für den weiteren Ausbau des beruflichen Schulwesens.

Dramatischer liest sich dieses Planungsdatum, wenn man daran die Einstellungsmdglichkeiten für Lehrer in den vor uns liegenden Jahren mit. Der Altersaufbau der Lehrerschaft ist verzerrt. Etwa 75% der Lehrer sind jünger als 45 Jahre. Bis nahe an das Jahr 2 000 werden jährlich nicht sehr viel mehr als etwa 600 Planstellen infolge Ruhestandsversetzungen der bisherigen Planstelleninhaber frei. Zu vergleichen ist damit die Zahl der jährlichen Absolventen der Zweiten Staatsprüfungen. Sie liegt gegenwärtig in der Größenordnung von 2 800. Sie lag in den zurückliegenden Jahren noch höher. Würden die Zahlen auf dieser Höhe bleiben, so ergäbe dies in etwa 15 Jahren soviel Absolventen wie sich heute Lehrer insgesamt in unseren Schulen befinden. Dieser simple Vergleich zeigt sehr deutlich, daß wir heute zu viele Lehrer ausbilden, daß die Ausbildungskapazitäten für die Lehrämter zu groß sind und also auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden müssen.

Der gelegentlich noch zu vernehmende Hinweis, wir stünden bereits in den 30-er Jahren wieder vor einem eklatanten Lehrermangel, wenn die restriktive Einstellungspolitik fortgesetzt würde, denn die Geburtenrate sei ja wieder im Steigen und sie würde mit Sicherheit noch weiter steigen, da nun zunehmend die stärkeren Jahrgänge ins heiratsfähige Alter kämen, ist falsch. Er ist auch

verantwortungslos, da er dazu geeignet ist, falsche Hoffnungen zu wecken. Die Geburtenrate war zu Beginn der 70-er Jahre von ca. 88 000 auf fast 50 000 gesunken. Sie ist nun in den letzten Jahren wieder leicht angestiegen, bewegt sich derzeit aber noch unter der 55 000-Marke. Das ist eine geringfügige Zunahme, die nicht einmal 10% des Rückganges ausmacht. Eine auf dieser Grundlage basierende Bedarfsermittlung ergibt für die 80-er Jahre ein deutlich sinkendes Planstellen-Soll. In dem Maße wie die starken Jahrgänge die Schule verlassen, rückt in den Grundschulen kein Ausgleich nach. Wenn es uns gelingt, die für das Jahr 1985 gesetzte Planungsgröße von 42 000 zu halten, wird sich in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts die Situation an unseren Schulen erheblich verbessern. Klassen werden kleiner, Fördermaßnahmen können durchgeführt werden, Referendare brauchen bedarfsdeckenden Unterricht nicht mehr zu erteilen.

Meine Damen und Herren,

Nir scheint kein Weg an der Infragestellung der heutigen Strukturen der Lehrerausbildung vorbeizuführen. Alle Vorschläge, die in letzter Zeit als Anstöße zur Lösung des Problems der Lehrerarbeitslosigkeit gegeben wurden, zielten auf die Schaffung zusätzlicher Planstellen. Dies gilt für die Forderung nach Senkung der Pflichtstunden ebenso wie für den Vorschlag durch Verzicht auf einen bestimmten Gehaltsanteil neue Lehrplanstellen zu finanzieren. So wichtig solche Überlegungen sind, um den bereits vorangetriebenen "Berg" an Lehramtsbewerbern abzubauen, es muß das Problem an der Wurzel gepackt werden. Vor allem dürfen nicht bei Studenten und Referendaren erneut falsche Hoffnungen geweckt werden.

Wir haben uns zu fragen, wenn heute der Überwiegende Teil derer, die eine Lehrerausbildung absolvieren, sich nach Abschluß ihrer Ausbildung auf dem außerschulischen Arbeitsmarkt nach einer beruflichen Laufbahn umsehen muß, ~~ist es dann noch gerechtfertigt, Lehrerausbildung als einen vom 1. Semester an professionalisierten Ausbildungsgang zu gestalten?~~ Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat den Lehramtsanwärter die Sonderrolle, die er hatte, genommen und ihn in den Arbeitsmarkt integriert. ~~Daher ist zu fragen, ob nicht der Ausbildungsweg, der auf die Profession Lehrer ausgerichtet ist, erst nach dem Erwerb eines berufsqualifizierenden Abschlusses an der Universität beginnen kann.~~ Das bedeutet, wir würden auf die Ersten Staatsprüfungen verzichten. ~~Zulassungsvoraussetzung zur Lehrerausbildung wäre dann ein erfolgreich mit Diplom, Magister oder Promotion abgeschlossenes Studium an einer Universität oder wissenschaftlichen Hochschule.~~ Lehrerausbildung würde sich nach diesem Modell in ihrer professionalisierten Phase in einem erweiterten Vorbereitungsdienst vollziehen, der an Studienseminaren eingerichtet werden könnte. Zulassungsvoraussetzung für diesen Vorbereitungsdienst wäre ein abgeschlossenes Fachstudium.

Dabei fasse ich Fachstudium sehr weit. Auch die Diplomstudiengänge im Bereich der Erziehungswissenschaft und in der Psychologie zähle ich dazu. Aus diesen Bereichen könnte ich die Bewerber um den Erwerb einer Befähigung für das Lehramt an Grundschulen und an Sonderschulen vorstellen.

In diesem Vorschlag steckt eine Fülle von Unwägbarkeiten. Sie müssen sorgfältig diskutiert und geprüft werden:

Etwas die Frage nach den Fächerkombinationen. Hier könnte man sicher auf die Tatsache zurückgreifen, daß jedes Fachstudium sich mit vielen Studiengängen überschneidet. ~~Am weitreichendsten wären die Folgen für das sogenannte erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Kernstudium, einschließlich der schulpraktischen Studien.~~ Es wäre in das erste Jahr des Vorbereitungsdienstes also in die Studienseminare zu verlagern, natürlich in enger Kooperation mit den Universitäten. Das zweite Jahr des Vorbereitungsdienstes würde verstärkt der schulpraktischen verbunden mit der fachdidaktischen Ausbildung dienen. Der Vorbereitungsdienst würde mit dem Staatsexamen abschließen, mit dessen Bestehen die Befähigung für das jeweilige Lehramt erworben würde.

Ich sehe in diesem Ansatz eine Menge Vorteile. Er beschreibt ein pragmatisches Verfahren. Es zwingt an den Universitäten und Hochschulen nicht zu einschneidenden Veränderungen, vielmehr setzt es bei den bestehenden Studiengängen an.

Der entscheidende Vorteil dieses Modells aber gegenüber den heute praktizierten Systemen der Lehrerausbildung liegt darin, daß es ein flexibles Instrumentarium zur Anpassung der Ausbildungskapazität an den Bedarf schafft. Es ist in diesem Modell vertretbar die Zahl der Zulassungen zur Ausbildung an der Zahl der möglichen Einstellungen danach zu orientieren, denn Lehrerausbildung würde

mit einer Verweigerung der Zulassung ja nicht unterbrochen oder gar abgebrochen, dem Bewerber würde vielmehr durch die Verweigerung der Zulassung signalisiert, daß er sich auf andere Berufe umorientieren muß, für die der von ihm erworbene akademische Abschluß Eingangsvoraussetzung darstellt.

Lassen Sie mich noch auf eine weitere mögliche positive Perspektive hinweisen: Eine derartige Neukonzeption der Lehrerausbildung könnte sich längerfristig dahingehend auf die akademischen Ausbildungsjänge auswirken, daß diese ein Stück näher an den Berufsalltag, an die Berufswelt heranrücken. Für die Lehrerausbildung halte ich dies ohnehin für dringend erforderlich.

Schon die etwas abgegriffene, den Kindern in der Regel mit erhöhtem Zeigefinger erteilte Mahnung "nicht für die Schule, sondern für das Leben lernt ihr" bringt zum Ausdruck, daß Schule auf das spätere Berufsleben vorbereitet. Wenn das aber so richtig ist, dann sollte der Lehrer, der diese Aufgabe wahrzunehmen hat, die Berufswelt und zwar die außerschulische, kennen bzw. mit ihr in Berührung gekommen sein. Ich würde es daher begrüßen, wenn sich im Zusammenhang mit möglichen neuen Modellen für die Lehrerausbildung darauf einwirken würde, daß künftig von allen Lehrern ein Betriebspraktikum oder gar eine abgeschlossene betriebliche Ausbildung zu verlangen sei.

Ich bin mir bewusst, daß ich mit diesen Anstößen gleichzeitig eine Menge noch ungelöster Fragen gestellt habe:

Nach Veränderung in der Lehramtsgesetzgebung, nach neuen Prüfungsbestimmungen, Statusfragen, Besoldungsprobleme und nicht zuletzt die Frage, ob derartige Modelle überhaupt unter den Ländern konsensfähig sind, eine, wie ich meine, unabdingbare Voraussetzung für ihre Realisierung.

Meine Damen und Herren, alle diese Schwierigkeiten sind zu meistern. Sie sollten uns nicht davon abhalten, an die Probleme mit der größtmöglichen Offenheit und Unvoreingenommenheit heranzugehen. Deshalb appelliere ich an Sie, in diesen Denkprozeß mit einzusteigen und sich nicht von der Angst, die Studienseminare heutigen Zuschnittes hätten in einem System, wie ich es in Umrissen skizziert habe, keinen Platz mehr, irritieren zu lassen.

Die Frage nach der Zukunft der Studienseminare ist damit gestellt. Ich will ihr nicht ausweichen.

Ich knüpfe an der Stelle meiner Ausführungen an, an der ich feststellte, daß die Ausbildungskapazitäten in allen Lehramtsbereichen mittel- und längerfristig vergrößert werden müssen. Dies wird bereits aufgrund zurückgehender Studentenzahlen geschehen; im GHR-Bereich hat es bereits bis in die Studienseminare hinein spürbar eingesetzt, im gymnasialen Bereich und im Bereich des Lehramtes an beruflichen Schulen zeichnet es sich ab. Bereits daraus ist unabhängig von einer grundsätzlichen Neuordnung der Lehrerausbildung abzuleiten, daß im Bereich der Studienseminare organisatorische Veränderungen unvermeidlich sind. Es ist natürlich und einsichtig, daß man die Frage nach der Notwendigkeit einer Ausbildungseinrichtung stellt, wenn die Zahl der Auszubildenden

sich halbiert. So haben wir uns heute beispielsweise an vielen Orten mit dem Problem der "kleinen Schule" als Folge zurückgehender Schülerzahlen auseinandersetzen. Hier, wie auch bei den Lehrerausbildungsstätten weigere ich mich allerdings, das Problem schlicht als ein nur arithmetisches zu sehen und

- die örtlichen Gegebenheiten,
- die regionale Bedeutung einer Ausbildungsstätte und vor allem
- ihre Leistungsfähigkeit im weiteren Sinne unbeachtet zu lassen.

Das bedeutet für die Studienseminare, sie müssen sich in weitaus stärkerem Maße als dies in den 70-er Jahren der Fall war und sein konnte, als integraler Bestandteil - nicht nur als Komponente - des Aus-, Fort- und Weiterbildungsbereiches verstehen. Wir haben dafür in den 70-er Jahren

- für die curricularen Aufgaben,
- für die Fort- und Weiterbildung und
- für die Lehrerausbildung

drei von einander unabhängige Systeme entwickelt - ich bezeichne sie mit den gängigen Kürzeln HIBS, HILF, Studienseminare - und als ein viertes die staatlichen Schulämter, mit den anderen zwar nicht institutionell verbunden, aber in der täglichen Arbeit doch ständig in Berührung. Bei der Bewältigung der Vielfalt der hier entstehenden Aufgaben:

Umsetzung und Erprobung der Rahmenrichtlinien, Rahmenlehrpläne und Kursstrukturpläne,

Intensivierung der Fort- und Weiterbildung, u.a. mit dem Ziel Weiterbildungsangebote zu entwickeln, die zu einer Mobilitätserweiterung der Lehrerschaft führen,

Planung und Durchführung vorbereitender Kurse und eine begleitende fachkollegiale Beratung für erforderlichen fachfremden Einsatz von Lehrkräften, schließlich auch in Zukunft Ausbildung des Lehrernachwuchses, vermögen die Studienseminare dank ihres Potentials einen entscheidenden Beitrag zu leisten. ~~Zusammenarbeit der Studienseminare, des Instituts für Lehrerfortbildung mit seinen Zweig- und Außenstellen, des Instituts für Bildungsplanung und Schulentwicklung und der Staatlichen Schulämter~~ <sup>Selbstverpflichtung</sup> <sup>Frankfurt</sup> Enger wird dies in Gang zu setzen, halte ich nicht den Erlaß formaler Regelungen für die geeignete Methode, sondern pragmatische Ansätze vor Ort, die in Kassel nicht die gleichen sein müssen wie an der Bergstraße. In dieser Richtung initiativ zu werden, darin sehe ich einen wichtigen Beitrag der Studienseminare für die Zukunft. Dabei schließe ich grundsätzlich nicht aus, daß sich daraus auch neue Organisationsformen entwickeln werden.

Ich komme zum Schluß.

Meine Damen und Herren,

die heutige Situation hat insofern Ähnlichkeit mit der vor 10 Jahren, als wir auch heute neue Wege suchen, neue Perspektiven entwickeln müssen. Für die Studienseminare bedeutet das, ihren Standort im Bildungswesen neu zu definieren. Gefordert ist dabei vor allem Flexibilität, die Bereitschaft zur Mobilität und der Mut zur Verantwortung. Ich möchte Ihnen wie allen Ausbildern an den Studienseminaren an dieser Stelle meinen Dank aussprechen für den Einsatz, die Tatkraft und die Verantwortungsbereitschaft, mit der Sie wie alle Ausbilder in den zurückliegenden 10 Jahren ihr Amt versehen haben. Ich möchte Sie ermuntern und ermutigen

an diesen Werten festzuhalten und sie zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben einzusetzen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.